

## Wofür steht die Piratenpartei?

Die Piratenpartei Deutschland wurde im September 2006 gegründet, in dem sich Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Haltungen zusammenschlossen, um ihrem Protest gegen die Politik der etablierten Parteien Ausdruck zu verleihen und für eine neue, zukunftsorientierte Gesellschaft zu arbeiten. Seitdem haben die Piraten einen rasanten Mitgliederzuwachs verzeichnet und sind in kürzester Zeit zu einer engagierten neuen Bürgerrechtsbewegung geworden, die sich kompromißlos für Freiheit, Datenschutz, direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung und gegen Überwachung, Bevormundung, Korruption und Lobbyismus einsetzt.

- für informationelle Selbstbestimmung, das Recht jeden Bürgers auf Privatsphäre und den Schutz seiner persönlichen Daten als fundamentale Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft
- für den transparenten Staat statt gläsernen Bürgern, für größtmögliche Informationsfreiheit und Offenlegung von Verwaltungsvorgängen und politischen Entscheidungen
- für mehr direkte Demokratie, Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung und die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Medien auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung
- für die Achtung des Grundgesetzes, der Menschenrechte und gegen den ausufernden Überwachungswahn und die pauschale Kriminalisierung von Bürgern ohne jeden Verdacht
- gegen Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung, Kameraüberwachung, Internet-Zensur, Entmündigung von Arbeitnehmern und den Abbau von Bürgerrechten zugunsten fragwürdiger Sicherheitsmaßnahmen
- für freien und kostenlosen Zugang zu Bildung, Wissen, Kultur und die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet
- gegen den ausufernden Lobbyismus, Hinterzimmerpolitik, Korruption und den intransparenten Einfluß von Interessenverbänden, Monopolen und Finanzoligarchien auf die Politik
- für das Recht auf Privatkopie und eine grundlegende Modernisierung des Urheberrechts
- für die Abschaffung fragwürdiger Patente auf Gene, Lebewesen, Ideen und Software



**Mit denken, mit reden, mit verändern:**  
 Jeden ersten und dritten Freitag im Monat  
 Piratenstammtisch  
 19 Uhr Kneipe Quergasse 1 in Jena

Piratenpartei Deutschland  
 Kreisverband Jena  
 Postfach 10 03 12  
 07703 Jena

**[www.piraten-jena.de](http://www.piraten-jena.de)**  
**E-Mail: [info@piraten-jena.de](mailto:info@piraten-jena.de)**

Piraten Hochschulgruppe Jena  
**[hsg-jena.piraten-thueringen.de](http://hsg-jena.piraten-thueringen.de)**

Visuelles  
**[www.youtube.com/piratenparteijena](http://www.youtube.com/piratenparteijena)**

Gezwitscher  
**[identi.ca/piratenjena](http://identi.ca/piratenjena)**  
**[twitter.com/piratenjena](http://twitter.com/piratenjena)**

Wiki KV Jena  
**[wiki.piraten-thueringen.de/TH:KV\\_Jena](http://wiki.piraten-thueringen.de/TH:KV_Jena)**

# TRANSPARENZ!



Impressum:  
 Piratenpartei Deutschland  
 Kreisverband Jena  
 V.i.S.d.P. Bastian Ebert  
 Von-Hase-Weg 8  
 07743 Jena

Klarmachen zum Ändern.  
**MACH MIT!**  
**Werde Pirat!**





## Gläserner Staat statt gläserner Bürger

Ein transparentes Objekt kann durchschaut werden. In diesem Sinne ist es für die Bürger heute wichtiger denn je, das Handeln ihrer politischen Vertreter, sowie von Behörden und Verwaltungen zu durchschauen. Eine demokratisch legitimierte und bürgernahe Politik und Verwaltung sollte so offen wie möglich arbeiten. Gleichzeitig verhindert Transparenz durch Rechenschaftspflichten und Offenlegung von Informationen weitgehend Machtmissbrauch, Interessenskonflikte, Hinterzimmerpolitik und Korruption. Durch das Prinzip der Transparenz werden alle Bürger in die Lage versetzt, sich zu informieren, zu beteiligen, Probleme zu erkennen, zu diskutieren und Kritik und Verbesserungsvorschläge vorzubringen.

## Informationsfreiheitsgesetz

Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) und das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) räumt Bürgern das Recht ein, auf wichtige und sachdienliche Informationen ihrer Kommune zuzugreifen. Die Verwaltung sollte sich dabei als unbürokratischer Dienstleister verstehen.

### Wir fordern u.a.:

- die Einführung eines unabhängigen Beauftragten für Informationsfreiheit und Transparenz in der Verwaltung, der den Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung steht.
- der bürokratische Aufwand für eine Anfrage soll so gering wie möglich gehalten werden.
- die Kosten für Anfragen nach dem IFG wie gesetzlich gefordert möglichst niedrig zu halten, so dass niemand vom Informationszugang abgeschreckt wird.
- auf Landesebene die gesetzliche Möglichkeit für Kommunen, eigene Informationsfreiheitsgesetze zu erlassen.



## Open Data – Freie Daten für freie Bürger

Die Open-Data-Bewegung bzw. -Philosophie setzt sich dafür ein, Daten, die für die Allgemeinheit vorgehalten werden, zur freien Nutzung und Weiterverwendung für alle Bürger freizugeben und zugänglich zu machen. Da diese Daten in der Regel mit öffentlichen Geldern produziert werden, sollten sie auch ohne Einschränkung den Bürgern zur Verfügung stehen.

### Wir fordern u.a.:

- nichtpersonenbezogene Daten, Verwaltungsvorgänge und Dokumente sollten auf einem leicht abrufbaren Informationsportal der Stadt öffentlich für jedermann gesammelt zur Verfügung stehen. Darunter fallen Daten wie z.B. Protokolle, Stadtratsbeschlüsse, Wirtschaftspläne, Fahrpläne, Karten und Stadtpläne, demographische Daten, Berichte und Bilanzen der Eigenbetriebe und Betriebe mit städtischen Beteiligungen, Umweltmessdaten, Infrastrukturdaten, Wirtschaftsdaten, Lehrmaterialien, Kataloge und Museumsbestände

## Transparente Kommunalpolitik

Kommunalpolitiker sind demokratisch gewählte Vertreter der Bürger und diesen jederzeit Rechenschaft pflichtig. Eine ehrliche und für jeden Bürger nachvollziehbare Politik zeigt sich in einem offenen Stadtrat, für den die Entwicklung neuer interaktiver Kommunikationsformen mit den Bürgern eine Selbstverständlichkeit darstellt. Die Vernichtung von Aufzeichnungen, geheime Ausschusssitzungen, viele nichtöffentliche Tagesordnungspunkte und ein meist nicht aktuelles Sammelurium an Protokollen und Dokumenten erschweren es jedoch derzeit den Bürgern, die Tätigkeit ihrer Kommunalpolitiker mit zu verfolgen, ihre Entscheidungen nachzuvollziehen und sich notfalls mit konstruktiver Kritik am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen.

### Wir fordern u.a.:

- die rechtzeitige und vollständige Veröffentlichung der Tagesordnung und aller Sitzungsunterlagen des Stadtrats
- die vollständige und verständlich aufbereitete Veröffentlichung des städtischen Finanzhaushalts (Open-Haushalt).
- dass der Stadtrat und alle Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Nicht öffentliche Sitzungen sind nur im Ausnahmefall statthaft und öffentlich zu begründen.
- neue und flexiblere Möglichkeiten für Bürgeranfragen (z.B. Ticketsystem)
- Möglichkeiten der direkten Kommunikation mit den Stadträten (z.B. Kommentare zur Stadtratsdiskussion, Abgeordneten-Watch für direkte Fragen an Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Dezernenten).

# Mehr Transparenz für Jena ...



## Public Private Partnership (PPP) in Jena

Als Public Private Partnership (PPP) wird der Einsatz privatwirtschaftlicher Ressourcen (Kapital, Personal, Fachwissen) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bezeichnet. Diese Vermischung von Ausgaben der öffentlichen Hand und den profitorientierten Interessen privatwirtschaftlicher Geldgeber hat sich als sehr heikel herausgestellt. Öffentliche Mittel dienen nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern der Maximierung von Profiten.

### Wir fordern u.a.:

- städtisches Gemeinut in Bürgerhand zu belassen.
- die vollständige Offenlegung aller PPP-Verträge der Stadt
- die Möglichkeit der Rücknahme und Kündigung von PPP-Verträgen von vornherein vorzusehen.
- PPP-Projekte regelmäßig zu evaluieren

## Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft

Die Piratenpartei steht für eine ehrliche Politik jenseits von Korruption, Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung, Veruntreuung, Ämterpatronage und Vetternwirtschaft. Die effektive Bekämpfung der Korruption in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und nichtwirtschaftlichen Organisationen (z.B. Stiftungen, freie Träger) ist gerade in Jena mit seiner hohen Verflechtung von Kommunalpolitik, Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung besonders wichtig.

### Wir fordern u.a.:

- die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle, die Verdachtsmitteilungen von Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern öffentlich, vertraulich oder auch anonym bearbeitet
- dass Sponsoring im Bereich der Verwaltung nur in Ausnahmefällen zulässig sein darf
- die Einführung eines Registers, in dem Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten freiwillig ihre Einkünfte, Nebeneinkünfte und sonstige Mitgliedschaften aufführen können